

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1929

289 (26.6.1929) Morgenausgabe

Badische Presse

Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens
Karlsruhe, Mittwoch, den 26. Juni 1929.

Redaktion und Verlag von
Hermann Zehle
Verantwortlich: Kurt Meier
Politik und Wirtschaft: M. Müller
für auswärtige Politik: R. Wagner
für badische Politik u. Nachrichten: Dr. O. Gansler
für Kommunalpolitik: R. Binder
für Lokales und Sport: R. Goldammer
f. d. Redaktion: G. Helmer
für den Handelsteil: H. Feld
für die Anzeigen: Ludwig Weindl
alle in Karlsruhe (Baden).
Berliner Redaktion: Dr. Kurt Meier
Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054
Geschäftsstelle: Birkel- und Kamm-
straße 6-8. Postcheckkonto: Karlsru-
her Nr. 8359. Beilagen: Volk und
Heimat / Literarische Umschau / Roman-
blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung /
Reise- und Bäder-Zeitung / Landwirtschaft,
Gartenbau / Karlsruher Betriebs-Zeitung

Amnestie für Elsaß-Lothringen?

Die notwendige Folge von Besancon. / Poincaré schlägt selbst eine Amnestie vor.

Paris, 25. Juni. Der Ministerrat beschloß am Dienstag den Vorschlag des Ministerpräsidenten Poincaré, des Justizministers Barthou und des Ministers für Unterricht, Marraud, einen Dringlichkeitsantrag in der Kammer einzubringen, der die Amnestie für die in Elsaß und Lothringen wegen politischer Verbrechen Verurteilten vorseht.

Paris, 25. Juni. Durch die beabsichtigte Amnestie für Elsaß-Lothringen werden die im Colmarer Prozeß verurteilten Autonomen Dr. Ricklin und Koss, Fashauer und Schall befreit und die Unterzeichner des Heimatbund-Manifestes rehabilitiert, soweit sie ihrer Beamtenstellungen verlustig gegangen waren.
Paris, 25. Juni. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der Bürgermeister von Colmar, Herzog, hat an den Bürgermeister von Besancon ein Telegramm gerichtet, in dem er seine Befriedigung über das in Besancon gefällte Urteil ausdrückt. Dieses Urteil stellt die freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Elsaß und der Fremde Comité noch enger. Der „Elsaßische Kurier“, das Organ des Pfarrer Hahn, kündigt an, daß die drei Colmarer Verurteilten Ricklin, Koss und Fashauer, auf Grund des Freispruchs Besancons die Revision des Prozesses und die Annullierung des Colmarer Prozesses beantragen werden.

Zwischen der zweiten und dritten Lesung.

Ein Zwischenpiel im Reichstag.

Berlin, 25. Juni. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der Reichstag hat am Montag in seiner zwölftägigen Dauerlesung mit dem Augenmerk gleichzeitig die zweite Lesung des ganzen Etats zu Ende gebracht. Am Mittwoch soll mit der dritten Lesung begonnen und wenn es geht, vielleicht schon abgeschlossen werden. Die Zwischenpause wird benutzt, um einige kleinere Wünsche zu erledigen, die unbedingt vor der Sommerpause noch erledigt werden sollen. Dazu gehört auch auf preussischen Wunsch das Sperrgesetz. Preußen will die Gelegenheit benutzen, um von einem Verprechen loszukommen, das es dem Landgrafen von Hessen gegeben hat, während die Volkspartei verlangt, daß wenigstens hier die Vertragstreue gewahrt werden soll. Darüber wird dieses ganze Gesetz einen scharfen politischen Charakter bekommen, weil die Sozialdemokraten Verfassungsänderung verneinen, während die Volkspartei diese Verfassungsänderung bejaht. Der Senior des Hauses, der Volksparteiler Kahle, konnte sich in dieser Auffassung auch auf einen Brief des bekannten Rechtsgelehrten Triepel berufen, der das Gesetz einen schweren Schlag gegen die Verfassung nennt.
Aber er kommt damit nicht durch, zumal, da auch der Reichsjustizminister den verfassungsändernden Charakter leugnet. So wird denn die Präambel mit der Verfassungsänderung in namentlicher Abstimmung gestrichen.
Am Mittwoch soll nun auch die Notstandsaktion zu Gunsten der Landwirtschaft über die Bühne gehen, die in den letzten Tagen hinter den Kulissen außerordentlich harte Kämpfe unter den Regierungsparteien gebracht hat.

Polnische Uebergriffe.

Ein Eingriff in Danzigs innerstaatliche Angelegenheiten.

Danzig, 25. Juni. Zwischen dem Präsidenten der polnischen Eisenbahndirektion in Danzig und dem diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig, Minister Strahburger, ist ein geheimes Abkommen geschlossen worden, in dem vereinbart wird, die Einstellung Danziger Staatsbürger in den polnischen Eisenbahndienst von einem Gutachten des diplomatischen Vertreters Polens in Danzig abhängig zu machen.
Dieser neue polnische Eingriff zum Zwecke stärkerer Polonisierung im Danziger Eisenbahndienst bedeutet nicht nur eine Beeinträchtigung der Rechte des Danziger Vertreters bei der polnischen Staatsbahnverwaltung, der zur Wahrung der Interessen der Danziger Eisenbahner berufen ist, sondern auch eine unzulässige Eingriffung polnischer Amtsstellen in die innerstaatlichen Angelegenheiten Danzigs. Da die neuen gesetzlich getroffenen Maßnahmen darauf hinauslaufen, unrechtmäßig auf Danziger Staatsbürger gegen Danziger Staatsbürger politischen und wirtschaftlichen Druck auszuüben, erfordern sie energische Abwehr der zuständigen Danziger Stellen.

Der Kampf um die Räumung.

Wie sich Paris zu Stresemanns Rede stellt.

Paris, 25. Juni. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Stresemanns gestriger Reichstagsrede widerfährt in Paris das Schlimmste, was ihr widerfahren konnte, daß sie nämlich beiseite geschoben wird. Man macht über die Rede heute keine Erwähnung mehr, sondern man hat sich mit dem Inhalt nichts zu tun und daß es nach dem Versailler Vertrag Jahre lang von der Weimarer Regierung verwaltet werden müsse, daß die Volksabstimmung keinesfalls vor dem Ende dieses Jahres stattfinden könne.

Wenn Dr. Stresemann gestern versicherte, daß er unter keinen Umständen die Einsetzung einer Feststellungs- und Berühmungs-Kommission zulassen würde, und daß er diese Verhandlungen lieber scheitern bräute, so wird das einfach in Paris nicht geglaubt. Man ist hier überzeugt, daß der Youngplan zustande kommen wird, daß Frankreich irgend ein politisches Zugeständnis machen muß. Man erklärte heute auf der Quai d'Orsay, daß Stresemann selbst der Youngplan für Deutschland vorteilhafter sei als der Dawesplan.
Infolgedessen, fügt man hinzu, wäre Deutschland dem Youngplan unbedingt gefügig, weil es durch den Dawesplan viel schlechter dastünde.
Der „Temps“ schreibt heute, daß Dr. Stresemann gestern einen großen Gebrauch gemacht habe. Bei allen Verhandlungen mit Deutschland müsse man sich auf solche Bluffe gefaßt machen. Aber diese Kritik schon zu abgenutzt, als daß sie noch Eindruck machen könnte. Kritiker hätten keine Verpflichtung, die Rheinlande sofort und unangesehen zu räumen. Nach dem Versailler Vertrag müsse Deutschland tatsächlich alles erst bezahlen und dann erst

für die Räumung geräumt werden. Der „Temps“ möchte glauben machen, daß der Locarnopakt in seinem Artikel 2 die Schaffung einer Kontrollkommission für die entmilitarisierten Rheinlande sei die notwendige Ergänzung der Bestimmungen des Artikels 2 des Locarnopaktes.
Der „Tribune“ führt aus, daß die Forderung nach Räumung des Saargebietes unzulässig sei. Man führe keine stichhaltigen Gründe oder Vorwände für diese Räumung an und man müsse saunen, daß man über solche Dinge überhaupt reden möge.

Zum Kundgebungsverbot für das besetzte Gebiet.

Koblenz, 25. Juni. Zu dem Verbot von Kundgebungen im besetzten Gebiet anlässlich der 10jährigen Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des Versailler Vertrages erklärt die Telegraphen-Union, daß die Interalliierte Rheinlandkommission bereits im Februar an das Reichskommissariat für die besetzten Gebiete einen Brief gerichtet hat, in dem zum Ausdruck gebracht wurde, daß alle Kundgebungen am 28. Juni anlässlich der 10jährigen Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, soweit sie die Würde und Sicherheit der Besatzungstruppen gefährden würden, von vornherein verboten würden. Der Reichskommissar und die nachgeordneten Instanzen würden bei eventuellen Vorworfällen verantwortlich gemacht werden. Dieser Mitteilung, die bereits einem verbotenen Kundgebungen gleichkommt, ist nunmehr das amtliche Verbot gefolgt.

Große Betrügereien.

Zusammenbruch der Spar- und Handelsbank in Charlottenburg.

Berlin, 25. Juni. (Funkpruch.) Die Berliner Kriminalpolizei hat heute vormittag mehrere Verhaftungen vorgenommen, im Zusammenhang mit einer großen Betrugsangelegenheit stehen. Handelt es sich um den Zusammenbruch der Spar- und Handelsbank in Charlottenburg, wobei zahlreiche Wechselstellungen festgestellt wurden. Die Bank war im vorigen Jahre von einem gewissen Carlach gegründet worden, der zugleich als Aufsichtsratsvorsitzender gewählt worden war. Die Untersuchung wird noch fortgesetzt.
Berlin, 25. Juni. (Funkpruch.) Das „Berl. Tageblatt“ meldet: In der Stadt Suhl ist die Kriminalpolizei durch den Zusammenbruch der Autohandlung Keil einem Verbrechen auf die Spur gekommen. Der vor zwei Wochen geflohenen, völlig mittellose Keil, der faulen Wechsel für sein Geschäft im Umlauf brachte, wurde in Suhl verhaftet und wird heute in das Gefängnis nach Suhl gebracht werden. Man kann von einem großen Unglück für Suhl sprechen; denn an den Wechselgeschäften sind insgesamt nicht weniger als 138 Personen beteiligt.

Geh. Rat Prof. Dr. Arnold gestorben.

Hannover, 25. Juni. Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Arnold, sieben Jahre der tierärztlichen Hochschule Hannover als Professor der Chemie angehörte, daneben aber besonders als Förderer des Alpinismus hervortrat, ist im Alter von 77 Jahren verstorben. Er war vier Jahrzehnte war er der Hochtouristen, vor allem in Hannover selbst, ein erfolgreicher Führer, dem die Erschließung der Anstaltsgalmei-Gruppe zu danken ist und der auch an der Erhebung der Goldberg-Gruppe hervorragenden Anteil hatte. Die Leiche wurde nach Hannover überführt, sowie die Mollwitz werden Namen des Entschlafenen lebendig erhalten. Auch den Leina, Mount Washington, den Schipapaq usw. hat Arnold erforscht.

Das Schicksal Francos.

Die spanischen Ozeanflieger gelten als verloren.

Paris, 25. Juni. Ueber das Schicksal der spanischen Ozeanflieger liegen immer noch keine bestimmten Nachrichten vor. Der spanische Marineminister erklärte im Ministerrat am Montag nachmittag, die Flugzeugbesatzung müsse als verloren angesehen werden, wenn die von dem englischen Dampfer gestrichelten Überreste der „Numancia“ seien.
Auch Primo de Rivera mußte feststellen, daß die neuesten Nachrichten wenig befriedigend seien. Seiner Meinung nach ist die irrtümliche Meldung von einer Landung der „Numancia“ auf den Azoren dadurch entstanden, daß die spanischen Flieger ihre Absicht, auf den Azoren niederzugehen, beabsichtigten und daß sie als vollendete Tatsache weitergemeldet wurde. Der in Paris weilende König von Spanien, der über die Ereignisse wahrscheinlich nur durch Zeitungsberichte unterrichtet war, hat telefonisch bei Primo de Rivera angefragt, ob die Flieger bereits wieder gestürzt seien. Immerhin hält sich in Luftschiffahrtstreffen noch die Hoffnung, daß bei den günstigen Wetterverhältnissen die Flieger eine Rettungsmöglichkeit gefunden haben.

Ein Experiment.

Ein amerikanischer Flieger spricht mit London.

(Eigener Kabeldienst der „Badischen Presse“)
J.N.S. New Brunswick, 25. Juni. Ein drahtloses direktes Telefongespräch über den Atlantik zwischen einem in der Luft befindlichen Flugzeug und London ist heute zum erstenmal in der Geschichte der modernen Nachrichtenübermittlung geführt worden. Der Luftfahrtdirektor des J.N.S. Meek unterhielt sich in seinem in 300 Meter Höhe dahinfliegenden Flugzeug mit dem Londoner Korrespondenten des J.N.S. Lyons und nahm von diesem die Nachricht von der Wahl Fitzroy zum Sprecher des englischen Parlaments entgegen. Die Verständigung war ausgezeichnet. Der Versuch wurde mit Unterstützung der amerikanischen Telefon- und Telegraphen-Company ausgeführt. Innerhalb von 15 Minuten nach dem Start des Flugzeuges war die Verbindung mit London hergestellt.

Berlin, 25. Juni. (Funkpruch.)

Der Präsident eröffnete die Dienstagssitzung um 2 Uhr. Auf der Tagesordnung stand zunächst die zweite Beratung des Sperrgesetzes für Rechtsstreitigkeiten über ältere staatliche Renten. Der Ausschuß hat der Vorlage zugestimmt, aber eine Einschränkung dahin beschlossen, daß Renten an Universitäten und sonstigen Unterrichts- und Erziehungsanstalten, Kirchengemeinschaften, Waisenhäusern, Krankenhäusern oder ähnliche gemeinnützige Unternehmungen von der Regelung ausgenommen bleiben.

Die Deutsche Volkspartei hat ihren im Ausschuß abgelehnten Antrag wieder eingebracht, wonach das Gesetz keine Anwendung finden soll auf Streitigkeiten, die vor Schiedsgerichten anhängig sind. Die Sozialdemokraten beantragten dem Gesetz eine Einleitung zu geben, durch die die Notwendigkeit einer Zweidrittelmehrheit ausgeschlossen werden soll.

Reichsjustizminister von Guérard erklärte, dieses Gesetz entspricht einer Notwendigkeit, die früher von allen Parteien anerkannt worden ist. Die Erregung weiterer Volkstriebe darüber ist begründlich, daß eine ungeheure Aufwertung verfügt wurde für Renten, die auf mittelalterlicher Grundlage beruhen. Es handelt sich um rund 9000 ältere Renten, die einen Aufwand von insgesamt 9 Millionen Reichsmark erfordern. Davon entfallen etwas weniger als 2 Millionen auf Ständeherrn. Die Regierung könnte es nicht verantworten, wenn vor der in nächster Zeit zu erwartenden gesetzlichen Neuordnung der Materie noch einzelne Rechtsstreitigkeiten nach dem geltenden Recht entschieden werden, so daß sie von dem neuen Gesetz nicht berührt würden. Darum ist das vorliegende Sperrgesetz eine Notwendigkeit. Der Minister untersuchte dann die Frage, ob das Gesetz verfassungsändernd ist, und kommt zu dem Ergebnis, daß das Sperrgesetz keine Verfassungsänderung darstelle.

Abg. v. Lindener-Wildau (Dtn.) wies darauf hin, daß der Reichstag vier Jahre Zeit gehabt habe, eine endgültige Regelung für diese Renten zu treffen, der sich die Deutschnationalen grundsätzlich niemals verschlossen hätten.

Abg. Dr. Wunderlich (DVP.) erklärte im Gegenzug zum Minister hielten seine Freunde das Gesetz für verfassungsändernd. Ihre Zustimmung zu dem Gesetz müßten sie von der Annahme ihres Antrages abhängig machen, daß Verfahren vor Schiedsgerichten von dem Gesetz nicht berührt werden. Dadurch würde auch der Streit zwischen Preußen und dem Landgrafen von Hessen ausgeschaltet werden.

Abg. Dr. Kahl (DVP.) trat gleichfalls der Auffassung des Justizministers in der Frage der Verfassungsänderung entgegen und verlas einen Brief des bekannten Rechtsgelehrten Triepel, wonach dieses Gesetz einen schweren Schlag gegen die Verfassung bedeuten würde, wenn es ohne verfassungsändernde Mehrheit angenommen würde.

Abg. Heilmann (Soz.) erklärte, der hier für den verfassungsändernden Charakter geführte Beweis sei nicht schlüssig. Wenn eine Durchbrechung der Verfassung vorliege, würde man auch mit Zweidrittelmehrheit das Gesetz nicht annehmen können, ohne vorher eine Verfassungsänderung herbeizuführen. Es sei unmöglich, wenn die preussische Republik heute noch der Familie des Landgrafen von Hessen eine Jahresrente von 708 000 RM zahle, die Bismarck 1866 diesem Fürsten als Lohn dafür bewilligte, daß er die Prozeßpolitik des hannoverschen Königs hauses nicht mitmachte. Während der Rede des Abg. Heilmann hatte Abg. Dr. Goebbels (Nat.-Soz.) den Redner wiederholt durch Rufe: „Barmat-Schieber“ unterbrochen. Nach Schluß der Rede gingen einige Sozialdemokraten nach rechts hinüber in die Nähe der Nationalsozialisten. Die Abgg. Dr. Fria und Dr. Goebbels (Nat.-Soz.) riefen darauf laut: Herr Präsident, wir werden hier bedroht! Von den Sozialdemokraten wurde erwidert: Feiglinge, die erst schimpfen und dann Angst haben! — Abg. Dr. Goebbels (Nat.-Soz.): Sie verlassen sich auf ihren Präsidenten, der uns nicht schützt. — Präsident: Poche hat den Abg. Dr. Goebbels wiederholt, endlich Ruhe zu mahnen. Er habe die ganzen Zwischenfälle hervorgehoben durch das dauernde Gefächel mit dem er den Redner fortwährend unterbrochen habe.

Die Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. P.) und Dr. Lobe (Volkspartei) hielten das Gesetz für verfassungsändernd.
Abg. Landsberg (Soz.) war der Auffassung, daß es einer Zweidrittelmehrheit nur bedürfe bei Gesetzen, die unangewöhnlich gegen die Verfassung verstoßen und nicht bei Gesetzen wo nur Zweifel bestehen.

Auch die Abgeordneten Dr. Haas (Dem.) und Dr. Pfeifer (DVP.) hielten das Gesetz für verfassungsändernd.
§ 1 des Gesetzes, der die Auslegung der Rechtsstreitigkeiten vorzöge, wurde darauf angenommen. Zum § 2 wurde der vollenparteiliche Antrag, Schiedsgerichtsverfahren auszunehmen, abgelehnt. Darauf wurde auch § 2 angenommen und zwar mit 197 gegen 149 Stimmen. Auch über den sozialdemokratischen Antrag auf Streichung der Präambel über die Verfassungsänderung mußte durch Auszählung entschieden werden. Gegen den Antrag stimmten

Kriegsschuldfrage und Reparationen.

Der badische Unterrichtsminister gegen die Kundgebungen am 28. Juni.

Der Minister des Kultus und Unterrichts Dr. ... hat an die Direktoren der höheren Lehranstalten, der ...

Ein eigenartiger Erlaß! Man wird zwar nicht festlegen, wenn ...

Man wird zwar nicht festlegen, wenn man annimmt, daß er auf den Wink einer zentralen Stelle in Berlin ...

Die Einigung der Deutschen Studentenschaft.

Heidelberg, 25. Juni. Der „Mitt“ hatte kürzlich eine Entschliessung ...

Ein Freundschaftstreifen der Schwarzwaldvereinsgruppen.

Der Herzog u. Leichten Gepäcks zogen kürzlich Wanderfreunde ...

Der Dursch, 25. Juni. (Konzert des Durlacher Frauenchors.)

Die früheren Konzerte dieser Vereinigung, zeichnete sich auch das ...

Der Forstheim, 24. Juni. (Der neue Vogelbrunnen.)

Der Forstheim, 24. Juni. Der neue Vogelbrunnen. Untere an ...

Der Forstheim, 24. Juni. (Wissenschaftlicher Abend in der ...)

Der Forstheim, 24. Juni. (Wissenschaftlicher Abend in der ...)

Der Forstheim, 24. Juni. (Anlauf des Beguinenhauses abgelehnt.)

Der Forstheim, 24. Juni. (Anlauf des Beguinenhauses abgelehnt.)

Der Forstheim, 24. Juni. (Anlauf des Beguinenhauses abgelehnt.)

Der Forstheim, 24. Juni. (Anlauf des Beguinenhauses abgelehnt.)

Der Forstheim, 24. Juni. (Anlauf des Beguinenhauses abgelehnt.)

Der Forstheim, 24. Juni. (Anlauf des Beguinenhauses abgelehnt.)

Der Forstheim, 24. Juni. (Anlauf des Beguinenhauses abgelehnt.)

Steuerrückstände.

Der Reichsfinanzminister hat, nach einer Drahtmeldung unse- ...

Für Zölle und Verbrauchsabgaben stellt sich die Situation am ...

Fachgruppenlagung der badischen Gemeindepolizeibeamten.

Schweizingen, 24. Juni. Die Fachgruppen der badischen Ge- ...

In der Hauptversammlung hielt nach den Begrüßungsanspr- ...

Nachdem noch Direktor Kramp über das Fürsorgewesen gespro- ...

Der Bahl, 24. Juni. Der Fleischbeschauverein Bahl-Mehren

Der Bahl, 24. Juni. Der Fleischbeschauverein Bahl-Mehren ...

Freiburg, 24. Juni. (Bad. Weinhandlertagung.)

Freiburg, 24. Juni. (Bad. Weinhandlertagung.) Dieser ...

Radolfzell, 24. Juni. Der Verband badischer

Radolfzell, 24. Juni. Der Verband badischer pfälzischer ...

Heidelberg, 25. Juni. (Stadtverwaltung und Presse.)

Heidelberg, 25. Juni. (Stadtverwaltung und Presse.) Beim ...

Heidelberg, 24. Juni. (Wissenschaftlicher Abend in der ...)

Heidelberg, 24. Juni. (Wissenschaftlicher Abend in der ...)

Buchen, 22. Juni. (Bezirksratswahl.)

Buchen, 22. Juni. (Bezirksratswahl.) Die Bürgermeister- ...

Buchen, 24. Juni. (Anlauf des Beguinenhauses abgelehnt.)

Buchen, 24. Juni. (Anlauf des Beguinenhauses abgelehnt.)

Waldbrunn, 24. Juni. Auf Grund einer Entscheidung des ein-

Waldbrunn, 24. Juni. Auf Grund einer Entscheidung des ein- ...

Vorbereitungen zum Deutschen Weinbaukongress.

Offenburg, 25. Juni. Heute fand die erste und voraussichtlich ...

Die Ausstellung umfaßt 2400 qm. Sie ist gegliedert in eine ge- ...

Bolkschauspiel Delligheim.

Delligheim, 25. Juni. Am letzten Sonntag hat Delligheim ...

Auf der großen, prächtig ausgeschmückten Naturbühne, dessen ...

Mannheim, 25. Juni. (Seine Frau aus dem Fenster gewer-

Mannheim, 25. Juni. (Seine Frau aus dem Fenster gewer- ...)

Wien bei Schluchsee, 24. Juni. (Das Badenwerk kauft den

Wien bei Schluchsee, 24. Juni. (Das Badenwerk kauft den ...)

Ernennungen — Versetzungen — Zurechensetzungen

Ernennungen — Versetzungen — Zurechensetzungen usw. der ...

Ausgang aus den Personalveränderungen des Reichsheeres.

Ausgang aus den Personalveränderungen des Reichsheeres. ...

Ein für alle Mal
Franch Spezial
allerfeinste Kaffeewürze

1/2 Pfund
40 Pfg.

Auf den Paketen befindet sich ein Bezugschein für prachtvolle OLYMPIA-SPORTBILDER

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 26. Juni 1929.

Die Ferienonderzüge im Bezirk Karlsruhe.

Fünf in Süd-Nordrichtung, vier West-Ostrichtung.

Aus dem Direktionsbezirk Karlsruhe der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft werden in der Hauptferienzeit neun eigene Ferienonderzüge gefahren...

In der Süd-Nordrichtung werden gefahren am 14. Juli Basel-Frankfurt-Zwinmünde/Stralsund, am 31. Juli Basel und Konstanz-Schwarzwald-Frankfurt-Berlin Ansb. Bahnhof, am 31. Juli Basel und Konstanz-Schwarzwald-Frankfurt-Hamburg und Bremen...

Für diese Züge gelten nur die besonderen Ferienonderzugsfahrkarten, die eine Geltungsdauer von zwei Monaten haben. Für die Rückfahrt können die planmäßigen Ein- und Schnellzüge gegen Aufzahlung des tarifmäßigen Zuschlags benutzt werden...

Zu der Verhaftung des Kriminalkommissars Werner, der unter dem Verdacht seine Frau vergiftet zu haben, vergangene Woche festgenommen wurde, erfahren wir, daß die Section der Leiche der verstorbenen Frau Werner ein negatives Ergebnis hatte...

Ein unangenehmer Wettersturz wird aus den Bergen gemeldet. In den Bergen des Schwarzwaldes ist ein jäher Wettersturz erfolgt, der sich besonders seit 24 Stunden sehr empfindlich auswirkt...

Diebstähle. Der Ehefrau eines Beamten in der Kriegsstraße wurde am Sonntag vorm. aus der Diele ihrer im ersten Stock gelegenen Wohnung eine silberne Damenhandtasche verschiedener Inhalts im Wert von etwa 100 RM. von unbekanntem Täter entwendet...

Landestheater und Stadtverwaltung.

Vor dem Abschluss eines neuen Vertrages zwischen Stadt und Staat. — Die Stadt soll in Zukunft 1/4 Millionen Mark Zuschuß bezahlen.

Oberbürgermeister Dr. Finter hat in diesen Tagen den Mitgliedern des Bürgerausschusses eine städtische Vorlage über den Betrieb des Badischen Landestheaters zugehen lassen...

1. Die mit dem badischen Staat über den Betrieb des Badischen Landestheaters unterm 1. September 1919 mit Aenderung vom 18. August und 18. Oktober 1924 abgeschlossene Vereinbarung ist bis zum 31. März 1930 fortzuführen.

2. Die Stadt billigt den Eintritt des Badischen Landestheaters in die Versorgungsanstalt Deutscher Bühnen in München und anerkennt für die Dauer der Vereinbarung mit dem Staat über den gemeinschaftlichen Betrieb des Landestheaters die Verpflichtung zur vertragsmäßigen Beteiligung an den daraus dem Landestheater erwachsenden Lasten.

In der ausführlichen Begründung der städtischen Vorlage wird zunächst eingehend ein Überblick über die Finanzierung des Landestheaters durch Stadt und Staat und den Verhandlungen zwischen der badischen Regierung und der Stadtverwaltung gegeben...

1. Durch Beteiligung der Stadt auch am Bauaufwande des Landestheaters, 2. durch Aufnahme einer Bestimmung in den Vertrag, die die Finanzspruchnahme des Staates auf einen bestimmten Höchsttag festlegt.

Die Regierung behält sich vor, entsprechende Vorschläge für eine solche neue Vereinbarung zu machen. Am 26. November 1928 übermittelte der Unterrichtsminister sodann einen neuen Vereinbarungsentwurf...

Angesichts der Aussichtslosigkeit, bessere Bedingungen durchzusetzen, war der Stadtrat der Meinung, daß man den Widerstand gegen das Anstehen des Staates aufgeben sollte, wenn es gelinge, den Begriff der zwangsläufigen Ausgaben, die der Staat auch über die Höhe des Voranschlags hinaus mitzutragen hat, zu erweitern...

Der endgültige Vereinbarungsentwurf ist in einer Anlage der Stadtratsvorlage abgedruckt. In ihrer Form hat der Landtag die Vereinbarung angenommen.

Der Beschluß der Vereinbarung zuzustimmen, kann, so wird in der Begründung des Oberbürgermeisters ausgeführt, den städtischen Kollegien nicht leicht fallen. Die Zumutungen, die in diesem Vertrag an die Stadt gestellt wurden, sind außerordentlich weitgehend; ja es ist wohl nicht zu viel gesagt, wenn man sie als unbillig bezeichnet...

Höchstens 45 Prozent (Darmstadt), die übrigen Städte mit Staatstheatern leisten noch weniger, so Stuttgart 40 Prozent, Dresden 35 Prozent, und in Preußen überlegt man sich zur Zeit, den Städten einen Betrag von 30 Prozent aufzuerlegen...

Wenn sich der Stadtrat trotz alledem entschlossen hat, dem Bürgerausschuß die Vereinbarung zur Zustimmung vorzulegen, so geschah es in der Erkenntnis, daß angesichts der angegebenen Verhältnisse, vornehmlich in der Einstellung eines größeren Teils des Landtages, die den Bestand dieses Kulturinstituts wenigstens auf einige Jahre gesichert hätte, nicht zu erwarten gewesen ist...

Das Ergebnis eines langjährigen Kampfes handelt, in dem Schritt für Schritt vor einer unter dem Druck der Finanznot des Landes und unter der Einwirkung anderer Städte mit Theatern immer härter werdenden Opposition gegen das Landestheater zurückgemichen werden mußte...

Die finanzielle Mehrbelastung, die die Stadt mit der Annahme des Vertrages übernimmt, ist eine ganz bedeutende. Der Vorlage ist als Anlage II der Normalvoranschlag des Landestheaters angeschlossen, so wie er sich unter Berücksichtigung der im Laufe des Wirtschaftsjahres 1928 eingetretenen Steigerung der Löhne des technischen Personals und der sozialen Lasten darstellt...

während sich nach dem bisherigen Satze bei gleichen Verhältnissen ein städtischer Anteil von 50 % aus 1 255 800 RM. — ergeben hätte.

Die Mehrbelastung beträgt also 120 580 RM. Zusammenfassend wird am Schluß der Begründung des Oberbürgermeisters ausgeführt:

„Der hohe Zuschußbedarf des Landestheaters ist keine Einzelercheinung, sondern entspricht der Entwicklung an den deutschen Theatern überhaupt. Sein Hauptgrund ist nicht etwa in einer Aufblähung des Personalstandes zu suchen, auch nicht in einer zu üppigen jenseitigen Ausstattung oder in einer ungebührlichen Steigerung der Gagen des Solopersonals, sondern in der Geldentwertung und in der allgemeinen sozialen Hebung der großen Personenzörper (Orchester, Chor und technisches Personal) auf der einen Seite und in der durch die Rückstufung auf die geringere Leistungsfähigkeit der Theaterbesucher gebotenen Jurisdiktion auf der anderen Seite zu suchen...

Will die Stadt also das Fortbestehen des Landestheaters durch Annahme der neuen Vereinbarung sichern, so wird sie einen jährlichen Zuschuß von etwa 750 000 RM. in Aussicht nehmen müssen.

also einen Betrag, wie ihn z. B. auch die Stadt Freiburg i. Br. zu leisten hat. Der Stadtrat glaubt, die Annahme des Vertrages im Gesamtinteresse der Stadt empfehlen zu sollen, wenn er auch bedenken muß, daß die Aufbringung der Mittel schwer fallen werden. Karlsruhe hat auf dem Gebiete des Theaters eine große Tradition zu wahren; sie aufzugeben, hieße ein Stück von dem Wesen unserer Stadt wegnehmen.“

STATT KARTEN. Meine liebe Frau und Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante. Frau Emma Müller geb. Kehret ist heute früh 8 Uhr im 41. Lebensjahr sanft entschlafen. In tiefstem Schmerz: Fritz Müller und Tochter Erika Familie Johann Kehret Familie Arthur Ebert. Baden-Baden, den 25. Juni 1929. Porellenzucht und Ebersteinstr. 21. Von Beileidsbesuchen bittet man abzusehen. Feuerbestattung Donnerstag nachmittags 3 Uhr.

Danksagung. Für die wohlthunende Beweise herzlicher Anteilnahme an dem schweren Verluste meines lieben Mannes, Vaters, Großvaters, Bruders und Schwagers Karl Friedrich Blödt Bäckereimeister sprechen wir unseren tiefgefühlten Dank aus. Besonderen Dank für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrer Junker, ebenso des Gesangsvereins Lyra, Sängerbund und dem Evangelischen Kirchenchor Rindeim, dem Bäckereimeistergesangsverein Fidelitas und der Bäckereinnung Karlsruhe für den erhebenden Gesang und Kranzniederlegungen, sowie die sonstigen vielen Blumenpenden und die große Begleitung am Leichenbegängnis. Karlsruhe-Rindeim, den 25. Juni 1929. (F.W.3321) Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Frau Karoline Blödt Witwe.

Opel-Limousine neuwertig, 10/35 PS., 6-Sitzer, fast bereit, kein Vertriebswagen, wenig gefahren, mit allen Schickens, erstklassige Ausstattung, ausserordentlich zu verkaufen. Angebote unter Nr. 2129 an die Badische Presse.

Wanzen samt Brut verlegt unter Garantie Fr. Springer, Markgrafstr. 53, Telefon Nr. 3265 10755. Kapitalien Mk. 15-1800.- als 1. Hypothek für ein Wohnhausneubau mit großem Gelände gesucht. Wenn möglich von Selbstgeher, Angebote unter Nr. 255a an d. H. v. d. B. Bad. Pr. W. Ganser, Breiten.

la. Eisschränke Zerlegbare 11031 Kühlanlagen Giaskühlichränke für Metzgereien, Kantinen, Restaurationen, Lebensmittelgesch., u. Private offerieren in allen Größen und Ausführungen. Sofort ab Lager lieferbar. Faab & Brenneisen Aeltestes Spezialgeschäft, Karlsruhe Telefon 1550

Piano z. vermiet. gut erhaltenes Instrument, bei niedrigem Mietpreis. (5482) Musikhaus W. Bösch, Amalienstr. 63, Tel. 1070. Zu verkaufen Gelegenheitskau! Schlafzimmer neu eichen u. poliert, mit innen u. außen Spiegel, billig zu verkaufen. Keine Baden miete. Gottesackerstr. 11, 11232 J. Baader, Kronenstr. 2.

Schlafzimmer, pol., wie neu, 2 Betten mit Federkissen, Waschlampe u. weißem Marmor, Schrank, 2 Nachttische u. weiches warmes, 250 M. eich. Schrank 50 M. poliert. Tisch, Federbett, Vertiko 35 M. Schrankteil 15 M. (51262) Weinzer, Sedanstr. 1. Gelegenheitskau! Schlafzimmer neu eichen u. poliert, mit innen u. außen Spiegel, billig zu verkaufen. Keine Baden miete. Gottesackerstr. 11, 11232 J. Baader, Kronenstr. 2.

Küchen in gut. Qualität, sehr billig. Möbelfabrikerei Humboldtstr. 8. 10154. Schiedmayer Piano gut erb. Kaminpiano, Preis 300 RM. Anz. 10-22 Uhr. Durlach, Rittnerstr. 72.

Küchen in gut. Qualität, sehr billig. Möbelfabrikerei Humboldtstr. 8. 10154. Schiedmayer Piano gut erb. Kaminpiano, Preis 300 RM. Anz. 10-22 Uhr. Durlach, Rittnerstr. 72.

Maßanzüge Mäntel, Webzweie. 10 M. an in all. Pr. u. nach. 100 Gebrod. Stoffe u. Entwaschanale. Golen, Joppen, neu u. geb. Celanese-fabrik. Hosen, neue prima mod. Anzüge und Mäntel tauschend billig. Röhrenstr. 5a. II. Habe noch einige Str. selbstgeflochtenen Tannen-Honig abzugeben, per Pfund 1.80 RM. im Zentrum 170 Markt. (246a) Rosenhof in Engenbald.

Großes Anwesen 7 1/2 Hektare mit Gehäusen — freistehend — 11 Hektare eichen. Bestes Gatterhaus mit Nebengeb. a. H. 1921 angeb. 1000 qm. Fabrikbetrieb, Arbeitskräfte vorhanden, nächst der Bahnstation. Mit Verlanke zu verkaufen. Gas, Wasser, Elektr. Licht, alle nötigen Gebäude vorhanden, An- und Abfahr Fronten. Gehäusen u. a. Holzhaus, Rinderheim, Mel. Gemeinshaus, Sanatorium u. a. Schlichter nur an Selbstgeher. Best. Zuschriften unter Nr. 255a an die Badische Presse erbeten. Antwort jeder Anfrage garantiert.

